

Die schweizerische Seidenindustrie

Vortrag

gehalten am 15. Februar 1934 in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Zürich.
von Dr. A. Schwarzenbach, Horgen

Ich habe nicht im Sinne, Ihnen die Geschichte der schweizerischen Seidenindustrie zu erzählen, sondern nur so weit auf Historisches einzutreten, als es zum Verständnis der Entwicklung, des Aufstieges und des Niedergangs dieser Industrie notwendig ist. Wer sich für historische Einzelheiten interessiert, mag sie in dem Buche von Oberst Adolph Bürkli, der im Jahre 1884 erschienenen «Geschichte der Zürcherischen Seidenindustrie» nachlesen. «Zürcherische» und «schweizerische» Seidenindustrie sind gleichbedeutend. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, blühte die schweizerische Seidenindustrie nur im Kanton Zürich, besonders ihr bedeutendster Zweig, die Seidenstoffweberei. Die Spinnerei, die mit der Coconszucht eng verbunden und deshalb ausschliesslich im Kanton Tessin heimisch war, ist heute verschwunden. Als Grund für diese bedauerliche Erscheinung wird ganz allgemein das schweizerische Fabrikgesetz vom Jahre 1877 angesehen. Nicht nur, dass die Arbeitszeit auf 11 Stunden herabgesetzt, sondern dass es verboten wurde, Mädchen unter 14 Jahren in den Spinnereien zu beschäftigen, versetzte dieser einst blühenden Industrie den Todesstoss und damit auch der Seidenzucht, die für den Kanton Tessin von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen war. Anfangs der 70er Jahre wurden bis zu 200.000 kg Cocons im Werte von fast einer Million Schweizerfranken geerntet, und das doppelte Quantum wurde in den tessinischen Spinnereien verarbeitet, wobei die fehlenden Cocons aus dem benachbarten Italien bezogen wurden. Seit dem Fabrikgesetz gingen diese Ziffern ständig zurück, weil die Produktionskosten gegenüber Italien viel zu gross wurden, das erste Beispiel dafür, wie durch gesetzgeberische Massnahmen eine Industrie zugrunde gerichtet werden kann. Natürlich war das Fabrikgesetz mit seinem Verbot der Kinderarbeit und der Beschränkung der Arbeitszeit vom humanen Gesichtspunkte aus ein gewaltiger Fortschritt, doch muss man sich darüber klar sein, dass eine Exportindustrie nur existieren kann, wenn sie nicht teurer arbeitet als die ausländische Konkurrenz. Im vorliegenden Falle hat man bewusst oder unbewusst die Seidenzucht und Seidenspinnerei dem Wunsche nach besseren Arbeitsbedingungen geopfert, eine Erscheinung, die etwas an die heutigen Zustände erinnert.

Ich sehe davon ab, von der Seidenzwirnerei zu sprechen, die sich dank vortrefflicher Arbeit und eines kleinen Schutzzolles auf Tramen bis zum heutigen Tag halten können, aber auch stark an Bedeutung eingebüsst hat. Auch die

übrigen Hilfsindustrien, wie die Färberei und Ausrüstung, werde ich nur gelegentlich erwähnen und mich fortan ausschliesslich mit der Seidenstoffweberei unter Ausschluss der Bandfabrikation und der Beuteltuchweberei befassen.

Eine erste Blütezeit erlebte die Seidenstoffweberei als Hausindustrie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, als der mechanische Webstuhl noch unbekannt war. Bis 1825 hatte das Kuriosum bestanden, dass nur Stadtbürger, also Bürger der Stadt Zürich, Seidenstoffe herstellen durften. Mit der Aufhebung der städtischen Privilegien, also der Gleichstellung von Stadt und Land, begann die Ausdehnung der Seidenindustrie. Das Ragionenbuch von 1842 weist nicht weniger als 68 Seidenfabrikationsfirmen auf, von denen 47 auf die Landschaft und 21 auf die Stadt entfielen. Die Zahl der Webstühle betrug in diesem Jahre 12.000. Sie waren über den ganzen Kanton verbreitet, besonders in den Gemeinden am Zürichsee, linkes und rechtes Ufer, aber auch in den Bezirken Affoltern, Uster, Pfäffikon und Hinwil. Die Handweberei erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1881, als über 30.000 Handstühle beschäftigt wurden. In vielen Gemeinden barg fast jede Stube einen, oft auch mehrere Webstühle, an denen die Familienglieder von früh bis spät arbeiteten, soweit sie nicht von der Landwirtschaft in Anspruch genommen wurden. Als Hausindustrie unterstand die Weberei nicht dem Fabrikgesetz. Es gab keine Beschränkung der Arbeitszeit und keine Vorschriften über die Beschäftigung Jugendlicher. Jeder konnte arbeiten, wann er wollte und solange er wollte, wobei die Familie ihr gutes Auskommen fand. Der Wohlstand stieg zusehends, und noch heute sind die schönsten und reichsten Dörfer des Kantons diejenigen, in denen die Handweberei heimisch war. Die Kontrolle des Unternehmers wurde durch die sogenannten Fergger ausgeübt, welche in den betreffenden Dörfern wohnten, die «Zettel» ausgaben, die gewobenen Stücke in Empfang nahmen und kontrollierten, die Löhne auszahlten und über alles Buch führten und dem Unternehmer Rechnung ablegten. Es herrschten patriarchalische Zustände, nicht nur zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch zwischen dem Fabrikanten und seinem Rohseidenlieferanten. Ich habe erst kürzlich einen Brief gesehen, worin ein Fabrikant am Zürichsee einem bekannten Seidenhändler schrieb, dass er ihm ein Fässchen Wein schicke und sich erlauben werde, den betreffenden Betrag an der nächsten Rohseidenfaktur in Abzug zu bringen.

Über das goldene Zeitalter der Handweberei, das um die Mitte des Jahrhunderts einsetzte, schrieb mein Vater, Herr Robert Schwarzenbach-Zeuner, in seinem Bericht über die schweizerische Landesausstellung in Zürich 1883:

«Die Fünfziger- und Sechzigerjahre dürfen als die patriarchalische Periode unserer zürcherischen Seidenindustrie bezeichnet werden. Es gab damals kaum ein beneidenswerteres Metier, als dasjenige eines Seidenfabrikanten war: jahraus, jahrein dieselben paar Artikel, Taffetas noir, Marceline etc., lauter leichte Taffetgewebe, für deren Erstellung Zürich damals einen Weltruf und sozusagen das Monopol hatte und in welchen die Nachfrage gewöhnlich stärker war als das Angebot. Die Fabrik arbeitete teils auf fixe Bestellung, teils in Konsignation nach New York, Russland und dem Orient. Verluste waren die seltene Ausnahme, hübsche, teilweise glänzende Profite die Regel. Unmittelbar nach

der Ernte pfl egten die Fabrikanten ihre Rohstoffengagements für einen schönen Teil ihrer Jahresproduktion einzugehen, und von da an war ihre Arbeit eine fast rein mechanische: Beaufsichtigung des Zettelns, Windens, Webens. Für den Verkauf und die Aufnahme der Bestellungen liess man die Herren Kommissionäre in Zürich, Moskau, New York sorgen.»

Auffallend ist, dass England damals noch nicht unter den guten Kunden der schweizerischen Seidenstoffweberei aufgeführt war. In der Tat kam die englische Freihandelspolitik erst 1860 zum Durchbruch, wodurch der englische Markt für unsere Fabrikanten erschlossen wurde. Als 1864 auch Frankreich die Zollfreiheit auf Seidenstoffen erklärte und 1865 der amerikanische Bürgerkrieg beendet war, folgte ein neuer Aufschwung der zürcherischen Seidenindustrie, der ununterbrochen bis 1882 andauerte, aber zugleich die Keime des Niedergangs in sich barg. Die Fabrikanten waren zu bequem geworden. Sie wollten sich nicht mit den Neuerungen befassen, die durch die Einführung der billigeren chinesischen Seide und die Fortschritte in der Färberei notwendig geworden waren. Zürich wurde von Lyon und Krefeld überflügelt.

Aber dieser Rückschlag war nur vorübergehend. Schon die Pariser Weltausstellung von 1889 sah die Zürcher Fabrik auf der früheren Höhe, und Robert Schwarzenbach konnte in seinem Bericht über diese Ausstellung erklären, dass Zürich keine Konkurrenz mehr zu befürchten brauche.

Mit den 1880er Jahren beginnt die zweite Periode der zürcherischen Seidenindustrie, welche durch die Einführung des mechanischen Webstuhles gekennzeichnet ist.

Die ersten Versuche mit mechanischen Stühlen wurden in den 1850er Jahren in der Maschinenfabrik Kaspar Honegger in Rüti gemacht. Aber es dauerte viele Jahre, bis sie sich praktisch einzubürgern vermochten. 1862 wurde die Mechanische Seidenstoffweberei Adliswil und kurz darauf die Mechanische Seidenstoffweberei Schönenberg im Kanton Thurgau gegründet. Die Statistik des Jahres 1867 zeigte erst 400 mechanische Stühle. Diese eigneten sich nicht zur Herstellung der damals tonangebenden leichten Zürcher Artikel, und ihre Produkte konnten den Vergleich mit den handgewobenen Stoffen nicht aushalten und begegneten auch allgemeinem Misstrauen. Erst in den 1880er Jahren breitete sich die mechanische Weberei stärker aus. 1881 wurden 3000 mechanische Stühle, 1891 bereits 7000 gezählt, während die Zahl der Handstühle in diesem Jahrzehnt um 10.000 zurückging. Von nun an zeigte sich ein ununterbrochener Siegeszug des mechanischen Stuhls. 1900 waren es 13.000, 1910 16.000 mechanische Stühle. Bei Ausbruch des Weltkrieges war die Zahl leicht zurückgegangen auf 15.000, und auf dieser Höhe hielt sie sich bis zum Jahre 1919. Die Zahl der Handstühle hatte bis zum Jahre 1900 ungefähr 20.000 betragen und sank dann ausserordentlich rasch. 1914 waren noch 2000 im Betrieb, und heute sind sie fast gänzlich verschwunden. Immerhin hat sich der Handstuhl viel länger gehalten, als bei der Einführung des mechanischen Stuhles vorausgesehen wurde. In dem schon erwähnten Berichte über die schweizerische Landesausstellung 1883 schrieb Robert Schwarzenbach: «Wenn

das Prophezeien nicht eine sehr undankbare Sache wäre, so würde ich dem letzten von den 25.000 ganz leichten Stühlen, welche gegenwärtig noch im Betrieb sein mögen, kein längeres Leben als höchstens 10 Jahre prophezeien.» Dass sie sich noch 20 und mehr Jahre zu halten vermochten, war einerseits den Verbesserungen zuzuschreiben, die an den Handstühlen vorgenommen wurden, anderseits dem Umstande, dass die Hausindustrie aus dem Kanton Zürich in andere Gegenden, die Urkantone, den Berner Jura etc. abwanderte, wo die Lebensbedürfnisse einfacher und die Lohnansprüche geringer waren, so dass sie erfolgreich mit dem industrialisierten mechanischen Stuhle konkurrieren konnten.

Die Produktion des mechanischen Stuhles wurde früher allgemein auf das $3\frac{1}{2}$ fache des Handstuhles geschätzt. Heute ist sie viel höher. Daraus geht hervor, dass die Produktionskraft der schweizerischen Seidenstoffweberei trotz des Rückganges der Handstühle im ständigen Wachsen begriffen war. Die Produktion stieg von 27 Millionen Meter im Jahre 1881 auf 54 Millionen Meter im Jahre 1908 und hielt sich dann bis zum Kriegausbruch auf der Höhe von ungefähr 50 Millionen Meter. Auf die Nachkriegszeit werde ich noch zu sprechen kommen. Die glänzende Entwicklung der zürcherischen Seidenstoffweberei im letzten Jahrzehnt des vergangenen und im ersten des laufenden Jahrhunderts ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mode den sogenannten Zürcher Artikeln besonders günstig war. Darunter verstand man leichte Schaftgewebe, besonders Taffetas und Satins, die im Strange gefärbt waren und für welche Zürich einen Weltruf besass. Der mechanische Stuhl, in dessen Entwicklung die Schweiz den Nachbarstaaten voraus war und dessen Konstruktion grosse Fortschritte gemacht hatte, eignete sich nun auch für die billige Herstellung dieser einfachen Artikel und machte die Seidenstoffe in breiten Kreisen populär, die Seide bisher nur als Luxusware betrachtet hatten. Auch die Fortschritte in der Färberei und Ausrüstung, besonders aber in der Erschwerung der Seide, trugen zur Verbilligung und Popularisierung der Seidenstoffe bei. Der Vorwurf der Bequemlichkeit konnte den Fabrikanten nicht mehr gemacht werden. Als die Mode sich schwereren Artikeln zuwandte und Jacquardgewebe bevorzugte, was namentlich in den 90er Jahren der Fall war, stellte sich die Zürcher Fabrik sehr rasch um und vermochte erfolgreich mit Lyon zu konkurrieren. Auch die Fabrikation von Krawattenstoffen wurde aufgenommen, überhaupt erwies sich die Zürcher Fabrik als sehr beweglich und anpassungsfähig.

Nicht das gleiche Lob kann ihr gespendet werden, als es sich 10 Jahre später darum handelte, von der Strangfärbung zu stückgefärbten Artikeln überzugehen. Um die Jahrhundertwende wurden von Paris aus neue, weiche und geschmeidige Stoffe in grösserem Massstabe lanciert, die im Gegensatz zur frühern Methode zuerst gewoben und erst nachher als fertiges Stück gefärbt wurden. Darauf waren unsere schweizerischen Färbereien nicht eingerichtet, und Lyon gewann einen gewaltigen Vorsprung. Die Statistik der zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft zeigt für stückgefärbte Waren folgende Produktionsziffern:

1900.	2.000.000 Meter
1910.	3.000.000 Meter
1915.	7.000.000 Meter
1917.	15.000.000 Meter
1923.	17.000.000 Meter
1930.	22.000.000 Meter

Im Jahre 1930, dem letzten Jahre, für welches eine Produktionsstatistik aufgestellt wurde, war die Herstellung von stranggefärbten Artikeln, die 1910 noch 47.000.000 Meter betragen hatte, auf 1.000.000 Meter gesunken. Diese Ziffern zeigen, dass die Zürcher Fabrik erst in den Kriegsjahren in stärkerem Masse auf stückgefärbte Artikel übergegangen ist, eine Bewegung, die nicht allein der Mode, sondern auch dem Umstände zuzuschreiben ist, dass Lyon während des Krieges seine Leistungsfähigkeit stark eingeschränkt sah.

In der Tat hat die zürcherische Fabrik vom Weltkriege stark profitiert, indem sie ihre Produktion so ziemlich auf der Höhe halten und zu guten Preisen verkaufen konnte. Die Rohseidenpreise waren seit Kriegsbeginn in ständigem Steigen begriffen. Bei Kriegsausbruch kosteten Japan-Grègen zirka 50 Franken; sie stiegen 1916 auf 100 Franken, im Jahre 1918 auf 160 Franken und erreichten im Jahre 1920 einen Höchstkurs von 250 Franken. Es ist einleuchtend, dass die Fabrik, die ihre Inventare von Jahr zu Jahr im Preise heraufsetzen konnte, grosse Gewinne erzielen musste, die allerdings zum Teil nur auf dem Papier standen. Die Ausfuhr begegnete zwar grossen Schwierigkeiten, die sich in Kontingentierungsmassnahmen und Einfuhrverboten äusserten. So erliess Deutschland im Jahre 1916 ein Einfuhrverbot für «entbehrliche Gegenstände» und insbesondere für hocherschwerte Seidenwaren, und 1917 ein allgemeines Einfuhrverbot. Österreich verbot 1917 die Einfuhr von sogenannten Luxusartikeln, worunter alle Seidengewebe fielen. England sperrte 1917 die Grenzen für alle Seidenwaren und erlaubte später nur ein Kontingent von 50 % der Einfuhr von 1916, das erst 1919 auf 70 % erhöht wurde. Auch Italien und Frankreich verboten vorübergehend 1917 die Einfuhr von Seidenwaren. Dazu kam, dass auch die Einfuhr von Rohseide in die Schweiz nur durch die Société Suisse de Surveillance erfolgen durfte, die dafür verantwortlich war, dass die Seide nicht an die Zentralmächte gelangte. Aber alle diese Schwierigkeiten, die erst im Laufe des Jahres 1919 abgebaut wurden, vermochten die Entwicklung nur zu hemmen, nicht, sie zu unterbinden. Die schweizerische Ausfuhr von Seidenwaren stieg von 105 Millionen im Jahre 1913 auf 158 Millionen im Jahre 1916, ging dann infolge der erwähnten Massnahmen bis auf 101 Millionen im Jahre 1918 zurück und erreichte im Jahre 1919 die aussergewöhnliche Ziffer von 413 Millionen. Für die Kriegsjahre 1914 bis 1918 und einschliesslich des ersten Nachkriegsjahres 1919, das die Lücken der beiden Vorjahre ausgleichen musste, ergibt sich ein durchschnittlicher Export von 172 Millionen Franken gegenüber rund 100 Millionen vor dem Kriege.

Von nun an beginnt der Abstieg. Die Exportziffern sind zwar vorerst nicht schlecht. 1921 und 1922 170 Millionen, 1923 190 Millionen, 1925 sogar

208 Millionen, 1928 wieder 190 Millionen, 1930 noch 135 Millionen. Aber diese Zahlen sind mit Vorsicht aufzufassen. Die schweizerische Handelsstatistik umfasst seit 1925 unter Geweben ganz oder teilweise aus Seide auch bedeutende Mengen von kunstseidenen Geweben, die nicht nur von den Seidenstoffwebereien, sondern auch von der Baumwollindustrie hergestellt wurden.

Ein besseres Bild gibt die Produktionsstatistik der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft. Darnach wurden 1917 noch 45 Millionen Meter hergestellt, 1919 39 Millionen, 1923 34 Millionen, 1928 35 Millionen, 1930 26 Millionen. Von der Maximalzahl von 16.000 beschäftigten Stühlen war man langsam auf 9000 Stühle zurückgegangen.

Von einem eigentlichen Zerfall kann aber erst seit der Weltkrisis gesprochen werden. Die Ziffern der Jahre 1931, 1932 und 1933 sind erschreckend. Die Ausfuhr sank auf 89 Millionen im Jahre 1931, 28 Millionen 1932 und 21 Millionen im Jahre 1933. Die Gründe für diesen gewaltigen Rückgang, auf die noch im einzelnen einzutreten sein wird, liegen in den zunehmenden Autarkiebestrebungen der Staaten, die als Abnehmer schweizerischer Seidenstoffe in Betracht kommen, den hohen Zollmauern, die überall errichtet werden, dem Preiszerfall der Seide, die durch die Kunstseide verdrängt wurde, den Einschränkungen im Devisenverkehr und den höheren Produktionskosten der Schweiz verglichen mit denjenigen der Konkurrenzländer, vor allen von Frankreich und Italien. Der Absatz im eigenen Lande ist zu unbedeutend, als dass er einen Ersatz zu bieten vermöchte. Zur Zeit der Hochblüte der Seidenindustrie konnte er auf 10 bis höchstens 20 % der Produktion bewertet werden. In der allerletzten Zeit ist er durch Kontingentierungsmassnahmen etwas gesteigert worden, aber es können im maximum 2000 Stühle für den inländischen Bedarf beschäftigt werden. Leider hat es allen Anschein, als ob wir uns definitiv auf diese bescheidene Zahl einrichten müssten. Was dies für die schweizerische Volkswirtschaft bedeutet, werde ich noch näher auszuführen haben.

Für jetzt genüge die Feststellung, dass zur Zeit der Hochkonjunktur in der Seidenstoffweberei 18.000 Angestellte und Arbeiter Beschäftigung fanden, an welche 37 Millionen Franken an Gehältern und Löhnen ausbezahlt wurden. Dazu kamen 36 Millionen Franken, die in Form von Farböhnen an die Hilfsindustrie, Färberei, Druckerei und Ausrüstung entrichtet wurden, ganz abgesehen davon, dass Hunderte von Angestellten und Arbeitern im Rohseidenhandel und in der Zwirnerie Beschäftigung fanden.

Ich habe mich bemüht, Ihnen in dem bisher Gesagten einen kurzen Überblick über die Entwicklung der zürcherischen Seidenstoffweberei zu geben. Ich möchte nun speziell auf die Gründe eingehen, welche zum Zerfall der einst so blühenden Industrie geführt haben. In erster Linie ist, wie schon kurz angedeutet, auf die handelspolitischen Veränderungen hinzuweisen, welche im Laufe der Jahre stattgefunden haben. Die schweizerische Seidenindustrie stand als Exportindustrie auf freihändlerischem Boden. Sie steht und fällt mit dem Freihandel. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts ging der Export hauptsächlich nach Russland und Amerika. Beide Länder sind uns vollständig verloren gegangen. Russland hat sich schon frühzeitig zum Schutzzollsystem

bekannt und 1891 einen Zoll von 5000 Franken per 100 kg Seidenstoffe aufgestellt, der natürlich absolut prohibitiv wirkte. Er hat wenigstens das Gute gehabt, dass die Seidenstoffweberei bei Ausbruch der Revolution keinen Centime in Russland verloren hat.

Die Vereinigten Staaten sind bekanntlich seit langer Zeit schutzzöllnerisch eingestellt. Seit 1883 wurde ein Zoll von 50 % ad valorem erhoben, der 1890 durch den MacKinley-Tarif bestätigt wurde. Nach einer vorübergehenden Ermässigung auf 45 % stellte der Dingley-Tarif 1897 den alten Satz wieder her und ging zum Teil noch bedeutend darüber hinaus. Für die meisten in Betracht kommenden Gewebe beträgt der Zoll heute 55—65 % ad valorem, für Gewebe aus Kunstseide sogar 70 %. Es ist den Vereinigten Staaten gelungen, im Laufe der Jahre eine eigene Seidenindustrie grosszuziehen, die sie vom Auslande unabhängig macht. An dieser Entwicklung waren schweizerische Firmen in hervorragendem Masse beteiligt. Schon 1888 wurde in New York die Schwarzenbach-Huber Co. gegründet, weil die vorangegangenen Jahre deutlich erkennen liessen, dass die schutzzöllnerischen Tendenzen die Oberhand gewinnen würden und weil man das so überaus wichtige Absatzgebiet nicht vollständig verlieren wollte. Ihr sind eine Anzahl andere schweizerische Firmen gefolgt. Sie verfügen in den Vereinigten Staaten über zirka 6000 Stühle, also mehr, als heute in der Schweiz beschäftigt sind. Es mag Leute geben, die diese Auswanderung vom schweizerischen volkswirtschaftlichen Standpunkte aus bedauern; auf der andern Seite ist es ganz ausgeschlossen, dass auch nur ein Teil des Exportes für die schweizerische Industrie hätte gerettet werden können. Er kommt nur noch für wenige Spezialartikel, wie Krawattenstoffe, in Frage. Die Ausfuhr, die vor dem Kriege noch 12—13 Millionen betragen hatte, ist in den beiden letzten Jahren auf 1 ½ Millionen zusammengeschrumpft.

Im Laufe der Jahre war Frankreich zu einem wichtigen Absatzgebiet geworden, besonders seit es im Jahre 1860 zum Freihandel übergegangen war, zusammen mit England, indem der französisch-englische Handelsvertrag dieses Jahres die Zollfreiheit auch auf Seidenwaren stipulierte. Die Ausfuhr schweizerischer Seidenstoffe nach Frankreich erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1891 mit 28 Millionen Franken. Im nächsten Jahre wechselte Frankreich unter Méline seine freihändlerische Einstellung und ging zum Hochschutzzoll über, der zu dem bekannten Zollkrieg mit der Schweiz führte. Diese hatte im Jahre 1891 einen neuen Zolltarif geschaffen, um für Handelsvertragsunterhandlungen besser gerüstet zu sein. Zum erstenmal standen sich Hochschutzzolltarife gegenüber. Nach mühseligen Verhandlungen wurde ein Übereinkommen erzielt, das die grössten Härten milderte, das aber von der französischen Kammer am 23. Dezember 1892 verworfen wurde. Nun wurde vom 1. Januar 1893 an von der Schweiz der Generaltarif, von Frankreich der Maximaltarif angewendet. Der Handel beider Länder litt gewaltig. Die Ausfuhr schweizerischer Seidenwaren ging von 28 Millionen auf 9 Millionen zurück und hat sich seither nie mehr ganz erholt, obwohl im Jahre 1895 eine Verständigung erzielt wurde. Frankreich ermässigte den Minimaltarif für Seidenwaren um 40—50 %, und die Schweiz gestand den Gebrauchstarif zu. Die Ausfuhr stieg zunächst auf 15 Millionen

im Jahre 1897 und bis auf 20 Millionen im Jahre 1904, um in den letzten Vorkriegsjahren wieder auf 10—12 Millionen zurückzugehen.

Die schutzzöllnerischen Tendenzen Frankreichs veranlassten schon im Jahre 1892 Robert Schwarzenbach-Zeuner, eine Weberei in Frankreich zu gründen, und seinem Beispiel sind andere Fabrikanten gefolgt. Die Zahl der französischen Stühle im schweizerischen Besitz kann auf 3000 geschätzt werden. Auch in diesem Falle war es, wie einige Jahre vorher mit den Vereinigten Staaten, ein Akt der Notwehr, hervorgerufen durch schutzzöllnerische Tendenzen, die den Verlust eines wichtigen Absatzgebietes voraussehen liessen.

Während des Krieges häuften sich die Schwierigkeiten im Absatz nach Frankreich. Im Jahre 1917 wurde nach vorübergehender Schliessung der Grenzen von seiten Frankreichs ein Kontingentierungssystem eingeführt, das nur einen Export von 1,8 Millionen Franken erlaubte. Diese Kontingentierung wurde 1919 aufgehoben, dafür ein Zuschlag auf den Zöllen eingeführt, in Form eines Koeffizienten, der 1,8 bis 2,7 betrug. Seither nahmen die Zollschikanen kein Ende. Zur Entschuldigung kann allerdings die Entwertung des französischen Francs ins Feld geführt werden. Im Jahre 1920 wurde vorübergehend ein Einfuhrverbot erlassen, das den französischen Fabrikanten erlaubte, grosse Mengen teurer Waren abzustossen, während die Schweizer auf ihren Lagern sitzen blieben, bis sie infolge des Preissturzes der Rohseide entwertet waren. 1921 wurde der Zollkoeffizient verdoppelt. 1924 trat ein stark erhöhter Zolltarif in Kraft, der die schweizerischen Industriellen veranlasste, die Intervention des Bundes anzurufen. Diese wurde mit der Begründung abgelehnt, dass auch die Schweiz im Jahre 1921 die Zölle einseitig erhöht habe. Im Jahre 1926 wurde der französische Zoll zweimal um je 30 % erhöht, und im Jahre 1927 ein neuer Tarifentwurf vorgelegt, der wieder starke Erhöhungen brachte. Dieses Mal wurde von seiten des Bundesrates eingeschritten, und unter dem Drucke der Androhung schweizerischer Gegenmassnahmen kam ein partieller Handelsvertrag zustande, der die Ansätze des französischen Minimaltarifs auf Seidenwaren um 20—30 % ermässigte, aber immer noch höhere Zölle brachte, als sie bis dahin in Geltung waren. Am 31. März 1932 schliesslich wurde eine Verordnung erlassen, welche neben den Zöllen noch eine Abgabe von 2 % des Wertes als Äquivalent der französischen Umsatzsteuer und eine weitere Abgabe von 4 % des Wertes für fiskalische Zwecke einfuhrte. In der Schweiz wurde dieser Zuschlag als vertragswidrig betrachtet, und der Bundesrat entschloss sich, auf der Einfuhr aus Frankreich ebenfalls 4 % des Wertes als Zuschlag zu den Zöllen zu erheben und aus den daraus fliessenden Einnahmen den Exporteuren die 4 % französische Abgabe zurückzuvergüten. Das Endergebnis all dieser Massnahmen war, dass der Export schweizerischer Seidenstoffe nach Frankreich in den beiden letzten Jahren nur noch zirka 1 Million Schweizerfranken betrug und damit zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Dies ist um so bedauerlicher, als immer noch grosse Mengen französischer Seidenwaren ihren Weg in die Schweiz finden, im Jahre 1932 für fast 6 Millionen Franken. Der Schweizerzoll von 300 Franken per 100 kg steht eben in keinem Verhältnis zu den französischen Zöllen, die 2500 bis 5000 Franzosenfranken plus Zuschlag

von 6 % des Wertes betragen, ganz abgesehen davon, dass die Herstellung der Stoffe in Frankreich bedeutend billiger ist als bei uns. Auf diese Verhältnisse werde ich noch später zu sprechen kommen.

Ich habe die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Frankreich etwas ausführlicher geschildert, weil sie ein typisches Beispiel für die mit dem Krieg und seit dem Kriege eingetretene Mentalität der Völker und Regierungen sind. Wenn schon Frankreich zu derartigen Massnahmen griff, ein Land, das im Kriege gesiegt hatte, wirtschaftlich wenig unter dessen Folgen litt und fast keine Arbeitslosigkeit kannte, was konnte da von andern Staaten erwartet werden?

Von unseren sonstigen Abnehmern, die zeitweise eine grössere Rolle für die schweizerische Seidenstoffweberei gespielt haben, ist Deutschland schon in der Ära Bismarck zum Schutzzoll übergegangen. 1885 wurde der Zoll auf 600—1000 Mark per 100 kg festgesetzt, dann unter Caprivi vorübergehend ermässigt. Vor dem Kriege betrug er wieder 900 Mark für «dichte Gewebe» und 500 Mark für Gewebe «teilweise aus Seide». Der Export bewegte sich zwischen 5 und 8 Millionen bis zum Jahre 1910, um dann in den letzten Vorkriegsjahren auf 3 Millionen zurückzugehen.

Der Krieg brachte ganz anormale Verhältnisse. 1916 und 1917 ergingen deutsche Einfuhrverbote, und es bedurfte für jede einzelne Sendung einer besonderen Bewilligung der deutschen Gesandtschaft in Bern. Dazu kam, dass die Entente die Ausfuhr nach den Zentralmächten einer strengen Kontrolle unterstellte, so dass die einzelnen exportierenden Firmen einer Kontingentierung unterworfen werden mussten. So sah sich der schweizerische Export von zwei Seiten eingeengt, von Deutschland und von der Entente. Selbst für die Durchfuhr durch Deutschland nach den nordischen Staaten musste die Bewilligung der Commission interalliée in Bern eingeholt werden. Trotz all dieser Beschränkungen erreichte die Ausfuhr nach Deutschland in den Kriegsjahren ganz respektable Ziffern, 1916 25 Millionen, 1917 48 Millionen, 1918 16 Millionen und 1919 gar 81 Millionen. Diese Zahlen lassen sich nur dadurch erklären, dass die Seidenstoffwebereien Deutschlands zum grossen Teile stilllagen und das Land an allem, selbst an Seidenwaren, Mangel litt. Dann aber setzten die Valutaschwierigkeiten ein. 1921 sah sich Deutschland gezwungen, den schweizerischen Handelsvertrag zu kündigen und die Ansätze des Generaltarifs um 100 % zu erhöhen. 1924 wurde der Zoll wiederum verdoppelt, und erst mittels des neuen Handelsvertrages vom Jahre 1926 gelang es, eine Bresche in die Zollmauer zu schlagen, welcher dann im Jahre 1927 weitere Ermässigungen auf dem Umwege über den deutsch-französischen Handelsvertrag folgten. Der heutige Zoll beträgt etwa 2000—3000 Mark pro 100 kg plus Umsatzsteuer von 2 % auf dem Werte. Er bedeutet die Unmöglichkeit, schweizerische Seidenstoffe in nennenswertem Umfange nach Deutschland zu exportieren, ganz abgesehen davon, dass die Devisenvorschriften einer grösseren Belebung des Exportgeschäftes im Wege stehen. In den beiden letzten Jahren ist die Ausfuhr auf eine halbe Million Franken zurückgegangen.

Die schweizerische Seidenindustrie hat sich auch in diesem Falle nicht anders zu helfen gewusst, als dass sie Filialen in Deutschland gründete, ein

weiterer Schritt zu Expatriierung der Industrie. Die Zahl der in Deutschland tätigen Stühle in schweizerischem Besitz kann auf 4000 geschätzt werden.

Hat sich im Verkehr mit den bisher genannten Ländern schon seit Jahrzehnten die Tendenz zum Schutzzoll störend geltend gemacht, so lagen die Verhältnisse ganz anders in England. Hier war seit Cobden die Hochburg des Freihandels. Der schon erwähnte französisch-englische Handelsvertrag vom Jahre 1860 brachte für Seidenwaren die Zollfreiheit, von welcher infolge der Meistbegünstigung auch die Schweiz profitierte. Nun blühte der Handel mit England mächtig empor und brachte Ersatz für alle Absatzgebiete, die sonst verloren gegangen oder in ihrer Bedeutung stark eingeschränkt worden waren. Der Export von Seidenwaren stieg von 20 Millionen im Jahre 1890 auf 50 Millionen im Jahre 1900 und blieb annähernd auf dieser Höhe bis zum Kriegsausbruch, stieg dann aber auf 66 Millionen im Jahre 1915, 75 Millionen 1919, 174 Millionen 1920 und hielt sich um die Ziffer von 100 Millionen herum bis zum Jahre 1928, obwohl inzwischen die englische Handelspolitik andere Wege eingeschlagen hatte. Viele Jahre hindurch war England der weitaus beste Abnehmer unserer Seidenwaren, nahm es doch bis zu zwei Drittel unseres Exportes auf. Rechnet man noch Canada und Australien dazu, welche in den Nachkriegsjahren zwischen 30 und 50 Millionen unserer Seidenstoffe kauften, so kann man sich einen Begriff davon machen, welche Bedeutung das britische Weltreich für unsere schweizerische Seidenindustrie hatte. Von unseren 15.000 Stühlen war mindestens die Hälfte für das Empire beschäftigt, und die freihändlerischen Prinzipien, welche das Reich gross gemacht hatten, schienen für alle Ewigkeit gesichert. Zwar hatten sich schon zu Anfang des Jahrhunderts Stimmen hören lassen, welche an der Richtigkeit der freihändlerischen Maximen zweifelten. Joe Chamberlain verlangte 1903 einen engeren Zusammenschluss Englands mit den Kolonien, Vorzugszölle für englische Industrieprodukte in den Dominions gegen die Zusicherung, die Agrarprodukte der Kolonien in erster Linie abzunehmen. Aber seine Vorschläge schienen so ungeheuerlich und so entgegen jeder Vernunft und Tradition, dass niemand sie ernst nahm, vor allem nicht die in der Opposition befindliche liberale Partei. Nur in konservativen Kreisen wurde die Idee von Zeit zu Zeit wieder aufgegriffen. Man verwies darauf, dass nicht nur das freihändlerische England reich geworden sei, sondern gleichzeitig auch die hochschutzzöllnerischen Vereinigten Staaten von Amerika, auch Frankreich und Deutschland, die immer Schutzzölle gehabt hätten. Den Lehren Cobdens komme keine allgemeine Geltung zu. Die Frage wurde aber erst akut, als die finanziellen Verhältnisse Grossbritanniens sich nach dem Kriege von Grund aus geändert hatten. Es galt die Erschliessung neuer Finanzquellen, und dafür schien die Erhebung von Zöllen das beste und einfachste Mittel. Auch die liberale Partei schwenkte in das Lager der Schutzzöllner ab, und die Thronrede vom 8. Dezember 1924 verkündete in aller Form die Abkehr von den freihändlerischen Grundsätzen. Dass es sich in erster Linie um fiskalische Massnahmen handelte, zeigte sich darin, dass nicht nur Zölle auf fertigen Seidenwaren, sondern auch auf Rohseide erhoben wurden und dass selbst die in England hergestellte Kunstseide mit einer besonderen Steuer belegt wurde. Die

Zölle auf Seidenwaren betragen 5 s 3 d bis 7 s 9 d per englisches Pfund und sind bis heute auf dieser Höhe geblieben, wozu aber noch ein Zusatzzoll von 10 % vom Werte kam, um den in der Zwischenzeit eingetretenen Währungsverfall des englischen Pfundes auszugleichen. Da England noch keine eigene Seidenindustrie besass, ging der Absatz in den ersten Jahren des neuen Systems nur langsam zurück. Seit 1930 aber ist der Verfall deutlich sichtbar, und im abgelaufenen Jahre sind nur noch für 10 Millionen Seidenwaren nach England exportiert worden. Versuche, die schweizerischen Stühle nach England zu verpflanzen, sind in den letzten Jahren gemacht worden, doch nur in kleinem Umfange, da die Aussichten für die Zukunft zu unabgeklärt sind und da inzwischen in England eine eigene Kunstseidenindustrie gross geworden ist, welche die naturseidenen Gewebe mehr als anderswo verdrängt hat. Ich werde hierauf noch zurückkommen.

Tatsache ist, dass die englischen Zölle mehr als alle sonstigen Einflüsse den Ruin der schweizerischen Seidenstoffweberei herbeigeführt haben. Es kam hinzu, dass Kanada die gleichen Wege gegangen ist und unter dem Schutze sehr hoher Zölle, bis 40 % des Wertes, eine eigene Seidenindustrie grossgezogen hat, so dass es als Absatzgebiet für uns nicht mehr in Frage kommt.

Es würde zu weit führen, diese Untersuchungen noch auf andere Länder auszudehnen. Es genüge der Hinweis, dass im Jahre 1930 Mexiko, Peru, Venezuela, Chile, Ägypten, Portugal und China ihre Zölle auf Seidenwaren erhöht haben, 1931 Britisch Indien, Niederländisch Indien, Siam, China, Persien, die südafrikanische Union, die Goldküste, Neuseeland, Chile, Columbien, Paraguay, Finnland, Litauen, Estland, 1932 die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Finnland, China, Ceylon, Siam, Venezuela, Australien und andere. Dazu kamen neue Erschwerungen, wie Umsatzsteuern, Devisenverordnungen, Kontingentierungen. Trotz aller Konferenzen von Regierungen und Wirtschaftskammern, welche den Abbau der Zollschranken und wenigstens einen Zollwaffenstillstand forderten, zeigt sich heute ein allgemeines Chaos, eine Auflösung der Weltwirtschaft in Teilwirtschaftskomplexe, die man noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten hätte und welche die trübsten Aussichten für die Zukunft eröffnen.

Schliesslich wären alle diese Schwierigkeiten noch zu ertragen gewesen, wenn nicht auf einem andern Gebiete, auf das ich nun zu sprechen komme, eine Schlechterstellung der schweizerischen Industrie gegenüber dem Auslande eingetreten wäre. Ich meine die Arbeitsbedingungen in der Schweiz verglichen mit denjenigen in unseren Konkurrenzländern. Vor dem Kriege war diese Frage nicht besonders akut. Nur Italien hatte wesentlich billigere Löhne, was aber zum Teil dadurch ausgeglichen wurde, dass die dortige Arbeiterschaft weniger leistungsfähig war als die unsere. Die italienische Weberei konnte nur ausgesuchten Arbeitern zwei Stühle anvertrauen. Die grosse Mehrzahl wurde nur mit einem Stuhle fertig, während bei uns das Zweistuhlsystem allgemein üblich war. Wenn also die italienischen Löhne auch nur die Hälfte der unsrigen betragen, so war dafür die Leistungsfähigkeit per Arbeiter bedeutend geringer. Immerhin waren die besseren Arbeitsverhältnisse, die Löhne und das

Fehlen jeglicher Fabrikgesetzgebung der Grund, dass schweizerische Fabrikanten schon frühzeitig begannen, sich in Italien festzusetzen. Den Anfang machte auch hier die Firma Schwarzenbach, indem sie im Jahre 1883 eine Weberei in Seveso, Provinz Mailand, errichtete. Heute mögen 2000 italienische Stühle im Besitze von Schweizerfabrikanten sein. Im Gegensatz zu den früher erwähnten Auswanderungen, die allein im drohenden Verluste des Absatzgebietes durch die hohen Schutzzölle begründet waren, erfolgte die Abwanderung hier allein wegen der besseren Produktionsbedingungen. Der italienische Markt war zwar auch und ist heute noch durch Zölle geschützt, 400 bis 650 Goldlire per 100 kg, aber die stark entwickelte Weberei Italiens war in erster Linie Exportindustrie, und es galt, der unangenehm gewordenen italienischen Konkurrenz, namentlich auf dem Londonermarkte, dadurch zu begegnen, dass man sich selbst in Italien etablierte.

So war die schweizerische Seidenstoffweberei schon frühzeitig auf die Gefahren aufmerksam geworden, welche in den billigeren Löhnen und der längeren Arbeitszeit des Auslandes begründet waren. Kein Wunder, dass sie sich, wie alle Exportindustrien, dagegen wehrte, dass die Lebensbedingungen in der Schweiz verteuert würden. Es bildete sich mit der Zeit der Gegensatz zwischen den Exportindustrien und dem für das Inland arbeitenden Gewerbe, besonders aber der Landwirtschaft, heraus, der heute noch besteht und immer schärfer zu werden droht. Dass der Kampf von seiten der Industrie nicht immer konsequent und nicht immer mit aller Schärfe geführt wurde, liegt darin begründet, dass der Unterschied zwischen den Löhnen des Inlandes und Auslandes, wie schon erwähnt, nicht allzu gross war. Aber trotzdem erregten die steigenden Schutzzolltendenzen von Landwirtschaft und Gewerbe von jeher schwere Bedenken. Schon als 1877 die Revision des schweizerischen Zolltarifs im Sinne einer Erhöhung der Positionen postuliert wurde, äusserte sich der Vertreter der kaufmännischen Gesellschaft Zürichs wie folgt:

«Unsere Industrie muss nach wie vor für den Export arbeiten. Womit sollten wir denn sonst die zwei Drittel unseres Bedarfes an Bodenprodukten, die wir in unser Land einführen müssen, kompensieren, wenn nicht mit den Erzeugnissen unserer Industrie? Die Exportindustrien können aber nur unter freihändlerischen Prinzipien gedeihen, und es wäre somit die Einführung eines Schutzzolles in der Absicht, den inländischen Absatz einzelner unserer Industrien zu sichern, ein Schritt, der den vitalsten Interessen anderer Industrien zuwiderlaufen und die kommerzielle Lage unseres Landes keineswegs verbessern würde.»

Die Revision des schweizerischen Zolltarifs wurde erst auf den 1. Januar 1885 durchgeführt, aber schon 1890 wurde ein neuer Tarif vorbereitet, um für die damals einsetzenden neuen Handelsvertragsunterhandlungen gerüstet zu sein. Der Entwurf war nach dem Urteil weiter Kreise zu schutzzöllnerisch. Prof. P. Speiser in Basel und Dr. Curti in Zürich gründeten eine «Liga für billige Lebensmittel», der auch die zürcherische Seidenindustrie-Gesellschaft nach einem Referate von Robert Schwarzenbach-Zeuner beitrug. Er

tat damals den wenig höflichen Ausspruch, dass in der Schweiz die Protektionisten so zahlreich wären wie etwa die Schweine in Chicago. Aber der Hinweis auf die Verteuerung des Lebens und die Verfassungswidrigkeit von Zöllen auf Getreide und Fleisch fruchteten nichts. Der neue Tarif wurde in der Volksabstimmung vom 18. Oktober 1891 angenommen, wohl hauptsächlich deshalb, weil nicht nur die Landwirtschaft ihn forderte, sondern auch einzelne Industrien, vor allem die Baumwollindustrie, damit einverstanden waren, von der Ansicht ausgehend, dass den schweizerischen Unterhändlern eine bessere Waffe zur Verfügung gestellt werden müsse. Als Kampftarif war der neue Tarif gedacht, und als solcher wurde er angenommen. Wenn man ihn nach den Erfolgen beurteilt, die er in dem bald darauf einsetzenden Handelskrieg mit Frankreich hatte, so war diese Ansicht nicht ganz unberechtigt. Auch wurden die Ansätze des Generaltarifs durch die folgenden Handelsverträge stark herabgesetzt, aber immerhin erwies sich auch der Gebrauchstarif als ein gewaltiger Schritt in der Richtung der Schutzzölle.

Eine weitere Revision des Zolltarifs wurde in den Jahren 1898 bis 1903 vorbereitet, wobei als Zweck der Schutz der einheimischen Produktion und der Austausch von Konzessionen bei den Handelsvertragsunterhandlungen angegeben wurde. Es ist das erstemal, dass schutzzöllnerische Tendenzen zu gegeben wurden. Es sollten die Ansätze für Lebensmittel, für Kleidung und für Haushaltsartikel erhöht werden, was natürlich starker Opposition rief. An der Spitze derselben standen die Konsumvereine. Die Industrie war geteilter Meinung. Wiederum wettete Herr Schwarzenbach-Zeuner gegen den «unglücklichen» Tarif. Er zitierte Traugott Geering: «Für die in Kohlen und Frachten und in so manchen anderen Punkten gegenüber dem Ausland stark benachteiligte Industrie der Schweiz wird durch die Zollerhöhungen der einzige Vorteil, den sie bisher vor dem Auslande voraus hatte, die billigere Lebenshaltung ihrer Arbeiter und damit das stärkste Fundament ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte untergraben. Alle Lebensbedürfnisse gerade des gemeinen Mannes, Nahrung und Kleidung, Wohnung und Gebrauchsgegenstände aller Art, sind in dem neuen Tarif mit starken Aufschlägen belegt. Dieser folgenschweren Schwenkung der schweizerischen Wirtschaftspolitik liegt eine völlige Verkennung und Missachtung der Bedeutung und der Existenzbedingungen unserer Grossindustrie zugrunde, auf deren Entfaltung die wirtschaftliche Blüte der Schweiz im 19. Jahrhundert beruht hat.»

Es war jene denkwürdige Versammlung zürcherischer Seidenindustrieller vom 10. Februar 1903, in welcher von einem Nationalrat gesagt wurde, dass der neue Tarif ein zweischneidiges Schwert sei, bei welchem sehr wohl der Schuss hinten hinausgehen könne! Aber alle Anstrengungen fruchteten nichts. Die grossen Industriellen waren gegen, die kleineren für den Tarif, und letztere siegten, was meinen Vater zu der resignierten Äusserung veranlasste, dass die kleinen Fische die grossen gefressen hätten. Auch die Volksabstimmung vom 15. März 1903 zeigte kein anderes Resultat. Der Tarif wurde mit grossem Mehr angenommen. Wiederum hatten die Interessen von Landwirtschaft und Gewerbe gesiegt; die Arbeiterschaft zahlte mit verteuerter Lebenshaltung

und die Industrie mit höheren Löhnen. Daran haben auch die Handelsverträge von 1904—1906 nicht viel geändert.

Der Krieg hat eine weitere Revision des schweizerischen Generaltarifs zunächst unterbrochen. Erst 1920 kam es zu einer provisorischen Tarifrevision mit dem ausgesprochenen Zwecke, dem Bunde neue Mittel zuzuführen. Alle nicht durch Verträge gebundenen Positionen wurden erhöht. In diesem Jahre begannen sich die Folgen des Krieges besonders bemerkbar zu machen, was den Bundesrat veranlasste, von der Bundesversammlung die Vollmacht zu verlangen, die Zollansätze im Sinne einer Anpassung an die wirtschaftliche Lage zu erhöhen und auf den bisher zollfreien Waren Zölle zu erheben.

Die Lage war äusserst ernst geworden. In Deutschland hatte die Entwertung der Valuta grosse Fortschritte gemacht, und die Schweiz wurde von billiger Valutaware überschwemmt, was die notleidenden Erwerbszweige und Industrien veranlasste, ihrerseits einen erhöhten Zollschutz und Einfuhrbeschränkungen zu verlangen. Das geschah, und damit gelangte auch die Schweiz in die Reihe der Schutzzollstaaten. Aus den früheren Kampftarifen ist ein unverfälschter Schutzzolltarif geworden, und dabei ist es bis zum heutigen Tage geblieben. In den letzten Jahren sind die Zollansätze noch vielfach erhöht und sind die Einfuhrbeschränkungen verschärft worden, immer mit dem ausgesprochenen Zwecke, den inländischen Markt vor der Überschwemmung mit billiger ausländischer Ware zu schützen. Den Behörden kann deswegen kein Vorwurf gemacht werden. Die Schweiz kann nicht allein beim Freihandel bleiben, wenn die gesamte Welt zum Schutzzoll übergegangen ist. Aber die Folgen für die Exportindustrien sind katastrophal.

Der Schutzzoll kann nicht für sich allein betrachtet werden, sonst wären die Arbeitsbedingungen in der Schweiz nicht viel ungünstiger als anderswo. Er gewinnt seine Bedeutung erst mit der Valutaentwertung unserer Konkurrenzländer. In dem Momente, da Italien und Frankreich ihre Valuten auf einen Viertel, respektive einen Fünftel des früheren Wertes herabsetzten, begann die Konkurrenzunfähigkeit der schweizerischen Industrie. Sie alle wissen, dass die Kosten der Lebenshaltung in jenen Ländern keineswegs der Valutaentwertung gefolgt sind. Die Löhne mussten deshalb auch nicht entsprechend heraufgesetzt werden. Wären jene Länder beim früheren Goldstandard geblieben, so wäre keine Macht der Welt imstande gewesen, die Arbeiterschaft zu einer Lohnherabsetzung in dem Masse zu zwingen, wie sie ganz reibungslos durch die Herabsetzung der Währungen erfolgte. Als man dem französischen Arbeiter den Lohn von 7 Goldfranken auf 15 Papierfranken hinaufsetzte, war er zufrieden und konnte auch ebenso gut leben wie vorher, obwohl er nur noch 3 Goldfranken bekam. Das gleiche zeigte sich in Italien. Die im eigenen Lande produzierten Lebensmittel, Bedarfsartikel und Wohnungen waren eben nicht annähernd im Werte gestiegen, wie die Valuta entwertet war. Das gleiche zeigt sich ja auch neuerdings wieder in England und in den Vereinigten Staaten. Es ist müssig, den Gegensatz zwischen den Währungsentwertungen dieser beiden Staaten dahin zu präzisieren, dass England zur Abwertung gezwungen war, während die Vereinigten Staaten sie freiwillig und ohne jede Not vornahmen.

Tatsache ist, dass ihre Exportindustrien gegenüber den Ländern mit entwerteter Währung nicht mehr konkurrenzfähig waren und sie nunmehr im Begriffe sind, die verlorene Stellung wieder zurückzuerobern, man mag im übrigen über diese Währungsexperimente denken wie man will. International gesehen bedeuten sie die Durchführung eines gewaltigen Lohnabbaues, dem ein Land mit der alten Goldwährung, wie die Schweiz, machtlos gegenübersteht. Einige Zahlen mögen dies beweisen:

Im Jahre 1928 zahlte meine Firma einer Weberin in der Schweiz einen Taglohn von 10 Franken, in Frankreich 25 französische Franken oder 5 Schweizerfranken, in Italien 13 Lire oder $3\frac{1}{2}$ Schweizerfranken. Heute sind die Verhältnisse nicht viel anders. Wir müssen damit rechnen, dass die Löhne in unseren wichtigsten Konkurrenzländern nur die Hälfte der unsrigen betragen. Das trifft für Frankreich, Italien, Österreich und die Tschechoslowakei zu. In Deutschland beträgt die Differenz 20 %. In den Vereinigten Staaten hat der Code für die Seidenindustrie die Löhne trotz der Valutaentwertung unverändert gelassen.

Der Minimalwochenlohn beträgt 13 Dollars, was bei dem heutigen Dollarkurs einen Taglohn von nur 7 Franken bedeutet und eine Lohnreduktion von 40 % seit April dieses Jahres. Eine Sonderstellung nimmt Japan ein, das seine Währung immer weiter sinken lässt und trotzdem sozusagen keine Löhne bezahlt. Nach dem dortigen System, das der Sklaverei sehr ähnlich sieht, vermietet der Familienvater seine im jugendlichen Alter stehenden Kinder einem Unternehmer auf eine Reihe von Jahren zu einem lächerlichen Preis von einigen hundert Yen per Jahr und verdient sich so ein wenig Geld, während die Kinder nicht bezahlt, sondern nur gefüttert und logiert werden. Japan hat sich auch gehütet, das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit, das ihm ohnehin eine Sonderstellung einräumte, zu ratifizieren. Kein Wunder, dass es heute der gefährlichste und gefürchtetste Konkurrent auf dem Weltmarkte geworden ist. In der Schweiz werden japanische Seidenstoffe zu Preisen verkauft, die kaum die Kosten des Rohmaterials decken. Nebenbei gesagt ist die japanische Frage auch einer der Faktoren, welche der Stabilisierung des englischen Pfundes und des Dollars im Wege stehen. Um vor weiteren Überraschungen gesichert zu sein, sollte der Yen in die Stabilisierung einbezogen werden, und das scheinen die Japaner nicht zu wollen.

Ich möchte noch auf einen andern Faktor zu sprechen kommen, der die Lage der Seidenstoffweberei ungünstig beeinflusst hat. Es ist die Erfindung der Kunstseide. Die erste von Chardonnet hergestellte Kunstseide hatte noch derartige Mängel, dass sie für die Seidenstoffweberei kaum in Betracht kam. Auch war der Preis, der zu Anfang dieses Jahrhunderts noch 40 Franken per kg betrug, viel zu hoch. Erst mit der Erfindung des Viscoseverfahrens, das unter andern in der Schweiz im Jahre 1904 aufgenommen wurde, begann die praktische Verwendungsmöglichkeit der Kunstseide in der Seidenindustrie. Die zürcherische Produktionsstatistik zeigt zum erstenmal im Jahre 1912 einen Verbrauch von 3500 kg in der Weberei. Heute 1,4 Millionen kg. Einen eigentlichen Siegeszug hat die Kunstseide erst in den Nachkriegsjahren angetreten.

Die Jahresberichte der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft berichten über die Erzeugung und den Verbrauch von Kunstseide erst seit 1923, in welchem Jahre 1.574.000 kg eingeführt und 1.314.000 kg ausgeführt wurden. Die Preise für Viscoseseiden betragen damals noch 25 bis 30 Franken per kg. Seither hat eine gewaltige Entwicklung eingesetzt, hervorgerufen einerseits durch die ständige Verbesserung des Produktes und anderseits durch dessen Verbilligung. Auch die Färberei und Ausrüstung der Kunstseide hat derartige Fortschritte gemacht, dass heute der Laie den Unterschied zwischen kunstseidenen und reinseidenen Stoffen kaum wahrzunehmen vermag. In allen möglichen Kombinationen, von Kunstseide allein, von Kunstseide und Baumwolle, von Kunstseide und Leinen, von Kunstseide und Wolle, und von Kunstseide und Seide, werden Artikel hergestellt, die den verwöhntesten Ansprüchen genügen und die infolge ihrer Billigkeit einen überraschend grossen Markt gewonnen haben. Der Preis der Kunstseide ist bis auf 5 Franken gefallen. Namentlich in denjenigen Ländern, deren Kaufkraft durch die Weltkrise und durch Valutaentwertung besonders gelitten hat, ist die Kunstseide an Stelle der Naturseide getreten. Auffallend ist, dass aber auch die grossen seidenproduzierenden Länder, wie Italien und Japan, zu den grössten Produzenten von Kunstseide geworden sind und damit redlich mitgeholfen haben, ihr wichtigstes Landesprodukt zu untergraben. Japan zum Beispiel hat im letzten Jahre 30 Millionen kg Kunstseide produziert, was einer Verdoppelung in 3 Jahren gleichkommt und ebenso hoch ist wie der gesamte Export von Naturseide aus diesem Lande.

Es könnte nun scheinen, dass es für den Stofffabrikanten keinen Unterschied macht, ob er Kunstseide oder Naturseide verwendet. Die Rechnung stimmt aber nicht. Einmal ist die Kunstseide zweifellos zum grossen Teil verantwortlich für den Preisverfall der Rohseide, welcher seit Jahren der gesamten Seidenindustrie die grössten Verluste gebracht und sie damit stark geschwächt hat. Die Preise der Naturseide können sich nicht erheblich von denjenigen der Kunstseide entfernen, da sie sonst einfach verschwinden würde. Somit ist das Preisniveau für den Seidenstofffabrikanten für alle Zeiten ein viel niedrigeres, als es früher war. Er kann niemals mehr auf einen Umsatz kommen, auf den sein Produktions- und Verkaufsapparat eingestellt war. Er arbeitet dauernd mit zu hohen Spesen, und es bedarf langer Zeit, um die Organisation den veränderten Verhältnissen anzupassen. Während früher die Kosten des Rohmaterials 70 % des Stoffwertes ausmachten, die Löhne und Spesen aber 30 %, ist heute das Verhältnis umgekehrt. Das Rohmaterial macht nur noch 30 % des Stoffwertes aus, und 70 % liegen in den Gehältern, Löhnen, Färbereikosten usw. Mit andern Worten: Der Nachteil, den der schweizerische Fabrikant durch das viel zu hohe Lohnniveau erleidet, hat sich durch die niedrige Preislage, die durch die Konkurrenz der Kunstseide eingetreten ist, verdoppelt. Dazu kommt, dass die Kunstseide nicht nur von den Seidenfabrikanten verarbeitet wird, sondern in sehr erheblichem Masse von der Baumwollindustrie, deren Stühle sich für die Verarbeitung dieses Materiales ebenso gut eignen wie diejenigen der Seidenwebereien. Da aber die Löhne in der Baumwollindustrie und insbesondere die Spesen niedriger sind als in der Seidenindustrie,

so ist diese auch von diesem Gesichtspunkte aus schwer im Nachteil. Zu allem Unglück haben die schweizerischen Kunstseidefabriken auch noch einen Zoll auf ausländischer Kunstseide durchgedrückt, der zunächst 30 Centimes auf dem kg beträgt. Die Vertreter der Kunstseide behaupten, dass dieser Zoll die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Seidenstoffweberei nicht beeinträchtigt, da er nur auf Viscose erhoben und von den ausländischen Kunstseidefabrikanten getragen werde. Es ist ein ähnliches Argument, wie es früher bei der Aufstellung der Kampfzolltarife erhoben wurde, welche auch die Lebenshaltung nicht verteuern sollten. Wie hinfällig es ist, geht schon daraus hervor, dass der Zoll ja den schweizerischen Kunstseidefabriken nichts nützen würde, wenn sie nicht höhere Preise für ihre Fabrikate erzielen könnten. Für das Jahr 1933 betrug der Konsum von Kunstseide bei der schweizerischen Seidenstoffweberei 1.300.000 kg, wovon 1.000.000 kg auf Viscose entfielen. Davon waren 650.000 kg importiert, so dass die Zollbelastung rund 200.000 Franken ausmacht, bei der heutigen geschwächten Lage der Industrie ein gewiss nicht unbedeutender Betrag und auf alle Fälle eine weitere Erschwerung unserer Konkurrenzfähigkeit. Ob der Zoll auf dieser relativ bescheidenen Höhe bleiben werde, bleibe dahingestellt. Die Kunstseidenfabrikanten hatten erheblich mehr verlangt, und der Appetit kommt bekanntlich beim Essen. So ist auf unbekanntem Wege der Zoll für eine der Hauptkategorien, matte Kunstseide, auf 75 Centimes erhöht worden. Auch ist heute der Zoll auf Viscoseseide beschränkt. Es dürfte nicht lange dauern, bis er auch auf Azetatgarne ausgedehnt wird, denn diese können ebenso billig hergestellt werden wie Viscose und bedeuten also auch eine Gefahr für die schweizerische Kunstseidenindustrie.

Es hätte keinen Zweck, noch auf weitere Schwierigkeiten hinzuweisen, welche die schweizerische Seidenstoffweberei gegenüber dem Auslande benachteiligt haben, wie zum Beispiel die Kartellbildung in der Hilfsindustrie, welche es fertig gebracht hat, für die schweizerischen Fabrikanten teurer zu färben als für das Ausland, und überhaupt am teuersten der Welt.

Die Hauptmomente habe ich geschildert, den Protektionismus oder die Autarkiebestrebungen der wichtigsten Absatzgebiete und die Konkurrenzunfähigkeit durch die zu teuren Lohnverhältnisse der Schweiz. Gegenüber der ersteren Gruppe von Schwierigkeiten sind wir zurzeit machlos. Die Politik der Kampfzolltarife und der Handelsvertragsunterhandlungen hat vollständig versagt. Es besteht keine Aussicht, in absehbarer Zeit Zollansätze zu erhalten, welche den Export von Seidenwaren nach England, Kanada, Australien, den Vereinigten Staaten etc. wieder in grösserem Massstabe gestatten, und wenn es gelänge, so würden wir von der französischen, italienischen und japanischen Konkurrenz rettungslos geschlagen.

Ich wiederhole, dass der Export von ganzseidenen, halbseidenen, kunstseidenen und gemischten Geweben auf zirka 20 Millionen Franken zurückgegangen ist, gegen ein Maximum von 413 Millionen Franken im Jahre 1919 und einem Durchschnitt von fast 200 Millionen in den Nachkriegsjahren. Ein Teil des Rückganges entfällt natürlich auf die Wertverminderung der Seide, aber auch dem Gewichte nach ist der Rückgang enorm, im Jahre 1933 noch

7000 Doppelzentner gegen 29.000 Doppelzentner in 1919 und 27.000 Doppelzentner noch vor 5 Jahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Ziffern auch die Exporte der Baumwollindustrie umfassen, soweit sie Kunstseide enthalten, so dass der Rückgang der Seidenstoffweberei noch bedeutender ist als er in den Exportziffern zum Ausdruck kommt. Wir können annehmen, dass der Export dem Werte nach noch 10 %, dem Gewichte nach noch 20 % der Blütejahre beträgt.

Es ist natürlich, dass die schweizerische Fabrik unter diesen Umständen das grösste Gewicht auf die Erhaltung des Inlandmarktes legt und seit einigen Jahren dessen vermehrten Schutz verlangt, also auch protektionistisch geworden ist, was sie früher immer sorgfältig vermieden hatte. Der inländische Markt ist relativ bedeutend. Die Einfuhr von Seidengeweben aller Art betrug im Jahre 1930 900.000 kg im Werte von 39 Millionen Franken, 1931 1.000.000 kg im Werte von 35 Millionen Franken, um dann im Jahre 1932 auf 800.000 kg im Werte von 20 Millionen Franken und im letzten Jahre auf 600.000 kg im Werte von 12 Millionen zurückzugehen.

In diesen Zahlen sind Gewebe inbegriffen, die in der Schweiz nicht hergestellt werden, wie Sammete und Plüshe. Aber der Grossteil der Waren könnte ebensogut bei uns gewoben werden wie in Frankreich oder England oder Asien, woher sie stammen. Das bewog die schweizerische Fabrik, erhöhten Zollschutz zu verlangen, und als es sich erwies, dass die Ansätze in den Verträgen mit Frankreich und Italien gebunden waren, also nicht erhöht werden konnten, die Kontingentierung des Importes zu beantragen. Vor 2 Jahren wurde diesem Wunsche entsprochen, und seither ist in der Tat eine Besserung der Lage für das Inland eingetreten. Während früher der Absatz in der Schweiz nur 10 % bis höchstens 20 % der Produktion betrug, ist der Anteil heute auf etwa 50 % gestiegen. Leider will das recht wenig heissen; einen Ersatz für die verloren gegangenen Auslandsmärkte wird die Schweiz nie bedeuten können.

Es ist gewiss nicht sehr logisch, wenn eine Exportindustrie einerseits eine Herabsetzung der Kosten der Lebenshaltung verlangt, andererseits mit Wünschen nach Zollschutz und Kontingentierung kommt. Aber abgesehen davon, dass die Logik in den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr viel gilt, ist der Standpunkt dadurch erklärlich, dass sich die schweizerische Seidenstoffweberei heute mehr oder weniger als Inlandsindustrie betrachtet und vorübergehend, hoffentlich nur vorübergehend, auf die einst so stolze Stellung als Exportindustrie verzichtet hat. Es geht leider nur noch darum, zu retten, was zu retten ist.

Die Krisis der schweizerischen Seidenstoffweberei ist nur ein Teilstück der allgemeinen schlechten Lage der Exportindustrien. Wenn wir die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die Zukunft einer kritischen Betrachtung unterziehen wollen, so ist es notwendig, auf die weltwirtschaftlichen Verhältnisse hinzuweisen, welche für die Lage der schweizerischen Exportindustrie ausschlaggebend sind. Will man alles wirtschaftliche Geschehen auf eine einfache Formel zurückführen, so wäre es die, dass die Industrien zwangsweise dahin gehen, wo die billigsten Lohnverhältnisse zu finden sind. Jedes Land, das eine höhere Lebenshaltung und teure Löhne besitzt, kann seine Industrie

nur durch besondere Massnahmen, in erster Linie durch hohe Zölle, schützen. Das zeigte sich am deutlichsten in den Vereinigten Staaten, wo der *standard of life* besonders hoch war. Und eine andere Erscheinung trat zu Tage, das Bestreben, die teureren Arbeitskräfte durch die Maschine zu ersetzen. Es ist gewiss kein Zufall, dass die meisten arbeitsparenden Maschinen in den Vereinigten Staaten erfunden worden sind. In den hohen Löhnen liegt der erste Keim zur Arbeitslosigkeit. Durch den Krieg wurde diese Bewegung bedeutend verschärft. Nicht die Zentralmächte haben den Krieg verloren, sondern Europa überhaupt, in gewissem Sinne auch die Vereinigten Staaten. Die durch Kriegsmateriallieferungen in Anspruch genommene Industrie vermochte nicht mehr, ihre Kunden mit den früheren Lieferungen zu versehen. Sie verlor ihre besten Absatzgebiete, China, Japan, Indien, Südamerika, Australien, alle jene Länder, welche ihre Landesprodukte gegen die Industrierzeugnisse Europas und der Vereinigten Staaten eingetauscht hatten. Alle diese Länder waren darauf angewiesen, selbst zu fabrizieren, und als der Krieg beendet war, hatten sie ihre eigenen Industrien organisiert, versorgten sich selber, von Jahr zu Jahr mehr und traten schliesslich in Konkurrenz mit ihren europäischen und amerikanischen Lehrmeistern, die sich langsam in die Unmöglichkeit versetzt sahen, ihren während des Krieges stark gesteigerten Produktionsapparat zu beschäftigen. So ist Japan, unterstützt durch die geringen Ansprüche seiner Bevölkerung und die niederen Löhne, zu einem der ersten Industriestaaten der Welt geworden. Aber Japan ist nur das augenfälligste Beispiel. Auch Indien, China, Südamerika, Australien, etc. haben die Bewegung mitgemacht. Und nun beginnt der *circulus vitiosus*. Um der Arbeitslosigkeit zu steuern, werden die Zollmauern erhöht, und als dies nicht mehr genügte, werden die Einfuhrbeschränkungen und Kontingente erfunden, was die Lebenshaltung verteuert und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande schwächt. Um einen Ausgleich herbeizuführen, wird die Valuta entwertet, und es beginnt der Wettlauf um die schlechteste Währung, was zwar die Exportfähigkeit begünstigt, aber die Kaufkraft im Innern vermindert.

Grossbritannien sucht neue Wege und nimmt auf der Konferenz von Ottawa den Chamberlainschen Gedanken des Zusammenschlusses mit den Kolonien wieder auf, Vorzugszölle für die Kolonien und Erschwerung der Einfuhr aus andern Ländern, gegen Zusicherung der vorzugsweisen Behandlung der englischen Industrie. So hat Greater Britain ein eigenes grosses Wirtschaftsgebiet erschlossen, das ihm erlaubt, das Ideal der Autarkie fast restlos zu erfüllen, das ihm auch erlaubt, die Nachteile der Valutaentwertung zu überwinden. Da alles, was England und die Kolonien brauchen, in Greater Britain selbst erzeugt wird, tritt die Entwertung des englischen Pfundes kaum in Erscheinung. Die Lebenshaltung in England ist heute fast nicht teurer als zur Zeit, da das Pfund 25 Franken galt, und um so deutlicher kommt die Pfundentwertung im Wettbewerb mit dem Ausland zum Ausdruck. England scheint der erste Staat zu sein, der sich von den Folgen der Weltkrise wieder erholt. Dieser Erfolg spornt die Vereinigten Staaten an, das Heil auf ähnlichem Wege zu versuchen. Auch sie sind ein für sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet, auf dem die Entwertung des

Dollars kaum in Erscheinung tritt. Die von den Industriecodes festgesetzten Löhne sind kaum höher, als vor der Dollarentwertung, in vielen Fällen, wie zum Beispiel in der Seidenindustrie, gleich wie vorher. Damit ist die Konkurrenzfähigkeit wiederhergestellt, und selbst japanische Waren sind nicht mehr so leicht in Amerika abzusetzen, weil der Dollarerlös die Kosten nicht mehr deckt. Japan revanchiert sich mit einer weiteren Entwertung des Yen und erobert die Mandschurei, um sich in China ein grosses Betätigungsfeld zu sichern und sich dort Rohprodukte, selbst Baumwolle, zu beschaffen, und vom Auslande ganz unabhängig zu werden. So geht der Tanz weiter, und kein Mensch weiss, wann und wie er ein Ende nehmen soll. Drei abgeschlossene Wirtschaftsgebiete zeichnen sich heute deutlich ab, England und die Dominions, die Vereinigten Staaten und der ferne Osten unter Führung Japans, das mit seinen unheimlich niederen Löhnen und der mehr als 50 %igen Entwertung des Yen weitaus der gefährlichste Konkurrent für die ganze Welt geworden ist.

Und Europa? In allen Parlamenten, auf allen Kongressen ist von der wirtschaftlichen Zerrüttung die Rede. Man weiss genau, wo der Fehler liegt, in der Zersplitterung in kleine Wirtschaftsgebiete, in den hohen Zöllen, in den Valutadifferenzen, in den Unterschieden der Lebenshaltung, aber das gegenseitige Misstrauen verhindert jede Annäherung und jeden Ausgleich. Eine einzige Organisation hat ein gesamteuropäisches Wirtschaftsgebilde auf ihre Fahnen geschrieben, die vom Grafen Coudenhove-Kalergi geleitete paneuropäische Bewegung. Sie fordert unter anderm die Schaffung des europäischen Zollvereins, eine gemeinsame europäische Währung, die gemeinsame Entwicklung der europäischen Kolonien. Vielleicht, dass auf diesem Wege eine Gesundung der europäischen Verhältnisse möglich wäre, weit eher als durch den Völkerbund, der zu divergierende Interessen zu vertreten hat. In aller Deutlichkeit hat die zusammengebrochene Weltwirtschaftskonferenz von London gezeigt, dass eine universelle Lösung der Wirtschaftsfragen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Aber Paneuropa ist ein Ideal, das vorderhand und auf lange Zeit hinaus an der rauhen Wirklichkeit scheitert. Jeder Staat denkt an sich selbst, sucht seine Wirtschaft durch Abwehr der fremden Einfuhr zu schützen und zugleich die eigene Ausfuhr mit allen Mitteln des Valutadumpings oder, wo solche nicht mehr tunlich, durch direkte und indirekte Exportprämien zu steigern, wie zum Beispiel Deutschland mit seinen Registermark und Scrips, die es zu «zusätzlichen Exporten» verwertet. Es ist ein Krieg aller gegen alle.

Mitten in diesem Chaos drin steht die Schweiz, ein Land mit geringem eigenen Absatzgebiet und unverhältnismässig grossen Exportinteressen, ein Land, das in normalen Jahren gegen eine Milliarde Rohstoffe und fast ebenso viel Lebensmittel aus dem Auslande bezieht und dafür nicht anders zahlen kann als durch Export seiner Fabrikate, den Fremdenverkehr und eventuell den Ertrag seiner Kapitalanlagen im Auslande. Würde die Exportindustrie verschwinden, so wäre die Zahlungsbilanz der Schweiz auf das schwerste gestört. Der Fremdenverkehr allein könnte nie und nimmer das Geld aufbringen, um unsere Importe zu bezahlen, um so mehr, als unsere teure Lebenshaltung die

Fremden abschreckt, da sie anderswo ebenso gut und viel billiger ihre Ferien verbringen können. Die Auslandsanlagen aber wären sehr bald erschöpft, wenn auf sie zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zurückgegriffen werden müsste.

Was aber kann geschehen, um die Exportindustrien am Leben zu erhalten?

Ich muss immer und immer wieder betonen, dass die Gründe für den Rückgang des Exportes zweierlei Natur sind, einmal die Autarkiebestrebungen unserer Absatzländer, zweitens die zu hohen schweizerischen Produktionskosten. Was ich in dieser Beziehung von der Seidenindustrie gesagt habe, gilt auch für alle Exportindustrien. Für den ersteren Grund hat man in Bern alles Verständnis. Man stellt, wie man heute sagt, die Kaufkraft unseres Landes in den Dienst der Exportindustrien. Weil mit Zollansätzen nicht mehr zu kämpfen ist, so ficht man mit Einfuhrbeschränkungen, mit Kontingenten, mit Kompensationen. Ich muss zugeben, dass es heute der einzige Weg ist, um zu Konzessionen zu kommen, aber es ist ein dornenvoller Weg, und die Resultate sind verschwindend klein. Eine Rückkehr zu freieren Wirtschaftsformen ist unerlässlich, wenn unsere Exportindustrien gesunden sollen.

In der Zwischenzeit kann mit andern Mitteln vorübergehend geholfen werden. Der Bundesrat hat die Exportkreditversicherung beschlossen und will Exportzuschüsse gewähren. Beides kommt für die Seidenindustrie nicht in Betracht, wohl aber zum Beispiel für die Maschinenindustrie. Die Bedenken, die gegen diese Subventionierung erhoben werden müssen, bestehen darin, dass sie künstliche Massnahmen sind, die nicht dauernd helfen können, sondern nur über die Tatsache hinwegtäuschen, dass wir konkurrenzunfähig geworden sind. Wohl werden sie für einige Wochen oder Monate für einige tausend Arbeiter Beschäftigung bringen, aber nachher steht die Industrie nicht besser da. Sie wird sich nur daran gewöhnt haben, von Bundeszuschüssen zu leben und solche neuerdings zu verlangen, die dann in Form von Steuern auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Die Schweizerische Handelskammer hat in ihrer Sitzung vom 26. Januar 1934 diese Fragen besprochen, und der Vorort hat als Ergebnis der Diskussion eine Eingabe an das Volkswirtschaftsdepartement gemacht, welche den Standpunkt, den ich hier vertrete, sehr geschickt und deutlich begründet. Es heisst darin: «Es ist kaum zu leugnen, dass einer Subventionierung des Exportes, wie sie die Exportzuschüsse darstellen, an sich etwas Ungesundes anhaftet, und es wäre um den Wirtschaftsgeist einer Industrie sicherlich schlimm bestellt, wenn sie auf ein Angebot solcher Geldunterstützung hemmungslos eintreten würde. Die Konkurrenzfähigkeit, soweit die schweizerische Produktion auf dem Weltmarkte zu teuer ist, wird mit diesem Mittel keineswegs hergestellt, und die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, dass durch derartige Palliativhilfen der gebieterische Zwang, sich an die Produktionsverhältnisse des mitkonkurrierenden Auslandes von Grund auf anzupassen, nur verschleiert und die notwendige wirkliche Sanierung damit verzögert wird.»

Trotzdem wurden die Exportzuschüsse von der Handelskammer empfohlen, was nicht sehr logisch ist, aber dem Gefühl entsprang, kein Mittel unversucht zu lassen, um der schwer geprüften Maschinenindustrie zu helfen.

Die wahre Hilfe aber kann nur von der Anpassung der Produktionskosten an das Ausland kommen. Es kann ja keine Rede davon sein, die Löhne etwa den japanischen oder den russischen Verhältnissen anzupassen. Sie dürfen auch etwas höher sein als diejenigen in Frankreich oder Italien. Das waren sie immer, und sie finden ihre Begründung in der höhern Leistung der schweizerischen Arbeiterschaft. Aber so hohe Unterschiede, wie sie heute bestehen, sind schlechterdings untragbar. Genaue Berechnungen in unsern Fabriken haben ergeben, dass Italien und Frankreich heute den Meter Seidenstoff um 40 bis 90 Centimes billiger herstellen können als wir. Diese Zahlen geben zu denken. Bis jetzt haben alle Staaten, deren Industrien sich in ähnlichen Schwierigkeiten befanden wie die unsrigen, sich damit beholfen, dass sie die Währung fallen liessen. Die Länder, welche es noch nicht getan haben, sind an den Fingern einer Hand abzuzählen. Neuerdings lässt sich die Tschechoslowakei wieder von derartigen Erwägungen leiten. Es ist unbestreitbar das einfachste Mittel, um eine Lohnsenkung herbeizuführen. Es ist aber, wenn man offen sein will, eine Bankerott-erklärung, eine Art Betrug an der Arbeiterschaft und an den grossen und kleinen Sparern, die dem Staate und der Volkswirtschaft ihre Ersparnisse anvertraut haben im Glauben, dass die Währung unantastbar sei und dass sie in gesundem Gelde zurückbezahlt würden. Es erhebt sich aber die bange Frage, ob die Schweiz bei der Goldwährung bleiben kann, ob es überhaupt einem Lande allein, und dazu einem kleinen Lande, möglich ist, gegen den Strom zu schwimmen und seine Währung intakt zu erhalten, wenn alle andern davon abgehen. Im allgemeinen herrscht bei uns ein grosser Wirrwarr über diese Frage. Es mehren sich die Stimmen, welche ein Abgehen von der bisherigen Währung verlangen, eine Art begrenzter Inflation, wie sie von den Vereinigten Staaten durchgeführt wurde. Die Hoteliers würden sie gerne sehen, weil den Fremden das Leben in der Schweiz zu teuer ist, und viele Kreise der Exportindustrie sind aus begreiflichen Gründen ebenfalls dafür. Die Argumentation ist denkbar einfach: Um exportieren zu können, müssen wir uns dem Weltmarkte anpassen, entweder durch Heruntersetzen des Goldfrankens um mindestens 25 % oder durch Preis- und Lohnabbau von ebenfalls 25 %. Da das letztere nicht zu erreichen ist, bleibt nur die Senkung der Währung.

So einfach liegt die Sache nicht. Die Industrie bezieht ihre Rohstoffe und die Bevölkerung einen grossen Teil der Nahrungsmittel aus dem Auslande. Diese müssten bei einer Entwertung des Schweizerfrankens entsprechend teurer bezahlt werden. Die Lebenskosten können nicht gleich bleiben wie etwa in England oder Amerika. Sie müssten steigen und die Löhne ebenfalls. Die erhofften Vorteile gingen zum Teil verloren. Es fragt sich, ob trotzdem das Experiment der Währungsentwertung mit den unabsehbaren Folgen und den ungeheuren Opfern für das Volksvermögen durchgeführt werden soll.

Meine persönliche Meinung geht dahin, dass diese Massregel erst kommen darf, wenn alles andere versagt, wenn also auf anderem Wege eine Verbilligung der Lebenshaltung und ein Lohnabbau nicht zu erzielen ist. Gewisse Anzeichen der jüngsten Zeit deuten darauf hin, dass die Arbeiterschaft nicht so unvernünftig ist, wie ihre Führer sie haben möchten. Wenn die Arbeiter sehen, dass

die Fabriken geschlossen werden müssen, weil das investierte Kapital verloren geht, wenn sie an das Märchen von der Profitgier des Unternehmers nicht mehr glauben können, weil Entlassung und Ausbeutung unvereinbare Begriffe sind, dann lassen sie mit sich reden. Heute sind die Industriearbeiter bereit, einer erheblichen Lohnherabsetzung zuzustimmen, aber natürlich erwarten sie, dass auch die Lebenshaltung verbilligt werde. Hier beginnt der eigentliche Konflikt und der Gegensatz der Interessen zwischen Exportindustrie einerseits und Inlandindustrie, Gewerbe und Landwirtschaft anderseits.

Die heutige offizielle Politik der Eidgenossenschaft tendiert nach Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände, nach Schutz von Landwirtschaft und Gewerbe. Für die Exportindustrien soll auch etwas getan werden, aber nur, wenn und soweit es möglich ist, ohne andere Interessen zu schädigen. Sie kommt unter den schutzbedürftigen Kindern als letztes. In erster Linie muss die sogenannte Kaufkraft der Bevölkerung erhalten bleiben durch Beibehaltung des gegenwärtigen Lohnniveaus. Auch muss die Schweiz die bekannte Preisinsel bleiben, um Landwirtschaft und Gewerbe hohe Erlöse zu sichern. Das ist das wirtschaftliche Credo von weiten Kreisen unserer Bevölkerung. In dieser Richtung bewegen sich auch die Bestrebungen zum korporativen Staate, der Neuorganisation der Wirtschaft, welche auf den Berufsverbänden aufgebaut werden und im Wirtschaftsrate gipfeln soll. Die wirtschaftlichen Postulate, die von der freisinnig-demokratischen Partei des Kantons St. Gallen angenommen worden sind und zum «St. Galler-Entwurfe» geführt haben, lauten in Punkt 2:

«Um den einzelnen Gruppen unseres Volkes angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen und der selbständig erwerbenden Bevölkerung in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft genügende Existenzgrundlagen zu schaffen, erachtet sie (die Partei) die verantwortliche Mitarbeit der Berufsverbände im Staate als Notwendigkeit.»

Die zur Beratung der Postulate und zum Studium der Frage der Schaffung eines eidgenössischen Gesetzes über die Berufsverbände und den Wirtschaftsrat eingesetzte Kommission machte kein Hehl daraus, dass sie die Wirkung auf die Exportindustrien nicht studiert habe. Sie schreibt:

«Die mutmassliche Auswirkung einer Wirtschaftsordnung im Sinne unseres Vorschlages auf die internationale Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie konnte nicht näher geprüft werden. Eine solche Prüfung dürfte überhaupt eine höchst problematische Sache sein.»

Die kürzlich zur Beratung dieser Frage versammelten Vertreter der Exportindustrien lehnten die Postulate und den korporativen Staat einmütig ab, in der Überzeugung, dass er die Anpassung der Lebenshaltung und der Lohnverhältnisse an die heutigen Erfordernisse hemmen und damit eine Wiederbelebung der Exportindustrien verunmöglichen würde. Wohl ist heute in der ganzen Welt vom korporativen Staate die Rede, und jeder versteht etwas anderes darunter, aber was sich für einen Staat wie etwa die Vereinigten Staaten von Amerika mit riesigem Inlandmarkt und nur 10 % Exportinteressen schickt, passt eben noch lange nicht für unser Land, das in so hohem Masse auf den Export angewiesen ist.

Die Verfechter dieser Ideen sind sich kaum bewusst, was der Ruin der Exportindustrien bedeuten würde und was damit für die Allgemeinheit auf dem Spiele steht. Für die Seidenindustrie bedeutet es, dass nur noch der achte Teil der früher tätigen Stühle beschäftigt werden könnte und dass viele Tausende von Arbeitern dauernd arbeitslos blieben. Übertragen wir diese Verhältnisse auf die gesamte schweizerische Exportindustrie, so ergibt sich ein katastrophales Anwachsen der Arbeitslosen, welche aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssten. Die Defizite von Bund, Kantonen und Gemeinden würden weiter steigen und müssten durch neue Steuern gedeckt werden, die immer spärlicher fliessen, weil einer der besten Steuerzahler, eben die Exportindustrie, versagt und nicht mehr zahlen kann. Die Zahlungsbilanz der Schweiz würde passiv, der Staatskredit würde schwinden, und es käme auf dem Umweg über Finanzkrise und Steuerholschewismus zum Zusammenbruche der Währung, den man heute mit allen Mitteln verhindern will. Dass dann das künstlich gehaltene Preisniveau, die «angemessenen Löhne» und die «genügenden Existenzgrundlagen» erst recht und katastrophal zusammenbrechen müssten, ist klar.

Meine Herren, Sie finden wahrscheinlich, dass ich zu schwarz male, aber ich stehe mit meiner Meinung nicht allein. Vielleicht haben Sie das Buch von Oswald Spengler gelesen: «Jahre der Entscheidung», das in einem grösseren Rahmen die gleichen Schwierigkeiten und Probleme behandelt, wie sie für die Schweiz bestehen. Er weist nach, dass die gelbe Rasse, die Japaner, infolge ihrer Anspruchslosigkeit die Industrie der ganzen Welt zu schlagen vermögen und dass sie die grösste Gefahr für die ganze abendländische Kultur geworden sind. Und wie Spengler die Rettung nur im Erwachen eines neuen Geistes sieht, so sollten auch wir uns zu einem neuen Geiste bekehren. Wir dürfen nicht glauben, dass wir auf die Dauer ein bevorzugtes Land sein können und besser und teurer zu leben vermögen als andere Völker. Wir sollten uns abkehren vom Klassenkampfe und einig werden in allgemeinem Opferwillen. Sparen und Einschränken sollte unsere Parole sein, statt Vergeudung, bis wir den Anschluss an die Weltwirtschaft wieder gefunden haben, den wir jetzt zu verlieren im Begriffe sind.
